

### Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

#### Wortlaut der Kleinen Anfrage

der Abgeordneten Filiz Polat (Bündnis 90/Die Grünen), eingegangen am

#### Wie will der Innenminister den Dialog mit den niedersächsischen Muslimen fortsetzen?

Die islamischen Religionsgemeinschaften Schura und Ditib haben im Juni 2012 nach Veröffentlichung einer so genannten „Islamisten-Checkliste“ als Teil des Anti-Radikalisierungskonzepts der niedersächsischen Landesregierung ihre Zusammenarbeit mit dem Innenminister aufgekündigt. In einer Pressemitteilung vom 28. Juni 2012 haben die islamischen Dachverbände Schura und Ditib die Vorgehensweise des Innenministeriums als „Gesinnungsschnüflei und Blockwart-Mentalität“ bezeichnet und eine Gefahr für die Zusammenarbeit gesehen. Es wird in der Pressemitteilung darauf hingewiesen, dass der Innenminister in einem persönlichen Gespräch im Juni versprochen hatte, das „gesamte Antiradikalisierungskonzept neu zu entwickeln und zu überdenken“. In der Pressemitteilung heißt es weiter, dass „seitens des Innenministeriums die Aufrichtigkeit und das Interesse an der Meinung der Muslime nur vorgetäuscht worden ist. Diese Entwicklung stört das bisher aufgearbeitete gute Klima und das Vertrauen in vielen anderen Bereichen zwischen dem Land Niedersachsen und den islamischen Religionsgemeinschaften. [...] Zudem werden durch solche Vorgehensweisen islam-kritische Vorurteile geschürt bzw. bestätigt. Die herrschende Islamophobie wird weiter angestachelt und somit das gesellschaftliche Miteinander zerstört. [...] Wir sind gespannt, wie das Kabinett und der Ministerpräsident sich äußern werden.“

Ein geplantes gemeinsames Treffen am 16. Juli 2012 wurde abgesagt. Infolgedessen erklärte der Innenminister in einem Interview mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) am 17. Juli 2012, dass von Seiten der Muslime der Grund der Absage - die „Islamisten-Checkliste“ - nur vorge-schoben sei. Der Grund liege vielmehr darin, dass der Moscheeverband Schura durch die Beobachtung vom Verfassungsschutz des Verbandsmitglieds Milli Görüs sich „immer dann intern unter Druck“ gesetzt fühle, „wenn es um Kooperationen mit den Sicherheitsbehörden geht“. Diese „Verweigerungshaltung ist unklug“, so der Minister im Interview. Auf die Frage nach einer Fortsetzung des Dialoges verweist der Minister auf vier verschiedene Regionalkonferenzen bei denen mit Moscheegemeinden der Dialog vor Ort fortgesetzt werde. „Da gibt es übrigens ein großes Interesse an unserem Antiradikalisierungsprogramm [...]“, so der Minister.

Ich frage deshalb die Landesregierung:

1. Mit welchen örtlichen Moscheegemeinden wurde und wird auf regionaler Ebene der Dialog fortgeführt (unter Nennung der Gemeinde, Ort, evtl. Dachverband)?
  - a. Sind unter den Gemeinden auch Moscheen, die im Rahmen der verdachtsunabhängigen „Moschekontrollen“ in der Vergangenheit kontrolliert wurden?
2. Wann haben die Regionalkonferenzen stattgefunden bzw. werden fortgesetzt?
  - a. Welche positiven Rückmeldungen hat die Landesregierung von den Konferenzen zum Antiradikalisierungskonzept erhalten?
3. Liegen der Landesregierung auch positive/negative Stellungnahmen von anderen Institutionen oder Verbänden zum Antiradikalisierungsprogramm und der „Islamisten-Checkliste“ vor und wenn ja, von wem?
4. Hat die Landesregierung auch von rechtsextremen, rassistischen, islamistischen oder ausländerfeindlich gesinnten Personen oder Gruppierungen Rückmeldungen zum Antiradikalisierungskonzept, der „Islamisten-Checkliste“ und zu der darüber stattgefundenen Medienberichterstattung erhalten? Hat die Landesregierung aus diesen Kreisen Unterstützung oder Ablehnung erhalten, und wenn ja, welche Maßnahmen sind erfolgt?

5. Vor dem Hintergrund, der fast zehnjährigen Zusammenarbeit beispielsweise im Bereich Islamischer Religionsunterricht, warum und aufgrund welcher Erkenntnisse zweifelt die Landesregierung die Verfassungstreue der Dachverbände Ditib und Schura an?
6. Woher hat die Landesregierung die Erkenntnis, dass der Verband Milli Görüs den Landesverband Schura Niedersachsen unter Druck gesetzt hat? Welche Erkenntnisse liegen hierzu auch von Bundesebene vor (siehe HAZ Interview des Innenministers Schünemann vom 17. Juli 2012)?
7. Laut Antwort des Ministers im Interview der HAZ vom 17. Juli 2012 führt die „Verweigerungshaltung“ der Schura dazu, sich dem Generalverdacht des Islamismus auszusetzen, warum?
8. Wieso interpretiert der Minister eine inhaltliche Kritik an einem Konzept der Landesregierung als Verweigerungshaltung?
9. In welchem Umfang und in welcher Form wurde und wird das Integrationsministerium und die dazugehörige Ministerin Aygül Özkan an diesem Dialog mit den niedersächsischen Muslimen und den muslimischen Dachverbänden beteiligt?
10. Unterstützt der Ministerpräsident das Antiradikalisierungskonzept und die so genannte „Checkliste“ des Innenministeriums?
11. Unterstützt die Integrationsministerin Aygül Özkan das Antiradikalisierungskonzept und die so genannte „Checkliste“ des Innenministeriums?
12. Wird sich der Ministerpräsident in den abgebrochenen Dialogprozess einschalten, wie in der Pressemitteilung vom 28. Juni 2012 seitens der Dachverbände Ditib und Schura angefragt? Und wenn ja, in welcher Form?
13. Welche Auswirkungen hat der Konflikt zwischen den Dachverbänden und dem Innenministerium bzgl. des Dialogs im Hinblick auf eine staatliche Vereinbarung bzw. eines Vertrages mit dem Land Niedersachsen?

Filiz Polat